

Abg. Schmitz drückte im Namen seiner Fraktion seine Anerkennung für die vom AWO-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg e.V. im Bereich „Wohnberatung“ geleistete Arbeit aus und betonte, dass diese einen wesentlichen Bestandteil der Versorgung im Rhein-Sieg-Kreis darstelle. Es sei erfreulich, dass diesbezügliche Anstrengungen in der letzten Legislaturperiode bereits Erfolge erzielt und ein Ausbau der finanziellen Ausstattung durch die Pflegekassen in Gestalt der Anhebung der Förderpauschalen sichergestellt werden konnte. Dennoch dürfe im Hinblick auf die beantragten Mittel nicht außer Acht gelassen werden, dass der Rhein-Sieg-Kreis nicht alleine, sondern gemeinsam mit den Pflegekassen für die Wohnberatung zuständig sei. Vor dem Hintergrund, dass die Pflegekassen beim Thema Neuberechnung der Stellenanteile für die Wohnberatungen in NRW keine Bewegung zeigten, könne dem geltend gemachten zusätzlichen Bedarf eines weiteren Mitarbeiters in der derzeitigen Situation nicht Rechnung getragen werden. Gleichzeitig schließe man jedoch nicht aus, dass im Rahmen der Umsetzung der Pflegeberatung, mögliche Synergien genutzt und gewonnen werden könnten, die ggf. eine Entlastung bei den Mitarbeitenden der Wohnberatung bewirken könnten.

Vor diesem Hintergrund schlug Abg. Schmitz im Namen seiner Fraktion vor,

1. die Förderung der 2,75 Stellen wie bisher vorzunehmen und keine 3. Stelle zu bewilligen,
2. die gestiegene Personalkostenförderung anteilig zu 50 % vollumfänglich mitzutragen und
3. den Defizitausgleich, abhängig von den Ist-Kosten, für das Jahr 2021 bis zu 4.200,00 € und für 2022 bis zu 7.400,00 € zu übernehmen.

Auf diese Weise könne die wertvolle Arbeit der AWO-Wohnberatung auch weiterhin zukunftsorientiert sichergestellt werden.

Abg. Haacke schloss sich den Ausführungen seines Vorredners an und ergänzte, auch seiner Fraktion sei es wichtig, die Pflegekassen nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Es bestand Einvernehmen darüber, dass die vom Abg. Schmitz vorgetragene Beschlussvorschläge von der stv. Vorsitzenden getrennt voneinander zur Abstimmung gestellt werden. Der Ausschuss fasste sodann folgende Beschlüsse: